Ressort: Auto/Motor

Kommunen fordern Konsequenzen nach Mainzer Diesel-Urteil

Berlin, 24.10.2018, 18:11 Uhr

GDN - Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, hat angesichts des Mainzer Diesel-Urteils Konsequenzen gefordert. "Natürlich sind die Hersteller gefordert, Nachrüstungen auf den Weg zu bringen oder aber die Umtauschmöglichkeiten so attraktiv zu gestalten, dass die Zahl der sauberen Fahrzeuge kurzfristig deutlich zunimmt", sagte Landsberg dem "Handelsblatt" (Donnerstagsausgabe).

Die Bundesregierung müsse in dieser Hinsicht den Druck auf die Automobilindustrie erhöhen. "Das ist sogar im richtig verstandenen Interesse der Automobilwirtschaft selbst", so Landsberg weiter. Denn wenn die Hersteller weiterhin das Vertrauen ihrer Kunden verspielten, würden sie damit den Markt der Zukunft kaum gewinnen können. "Eine alte Erfahrung lehrt: Vertrauen ist manchmal schnell verspielt, aber nur sehr langsam und schwer wieder zurück zu gewinnen", so Landsberg. Gleichwohl sieht er die öffentliche Aufregung über drohende Fahrverbote kritisch, weil ohnehin nur einzelne Straßenabschnitte von den Beschränkungen betroffen seien. "Die Schuldzuweisungen und die Rufe nach immer mehr Bürokratie, wie etwa der Blauen Plakette, organisieren nur den Stillstand, anstatt endlich bessere und sauberere Mobilität in die Städte zu bringen", sagte der Städtebund-Chef. Dabei sei vieles schon auf den Weg gebracht. Kommunale Dieselbusse würden nachgerüstet, Elektrobusse angeschafft, der Fahrradverkehr gestärkt und auch die Digitalisierung und damit die intelligente Steuerung und Verflüssigung des Verkehrs vorangetrieben. In vielen Städten gehe die Belastung mit Schadsoffen bereits zurück. Der "sofortige flächendeckende Durchbruch" und damit der Ausschluss jeglicher Fahrverbote werde aber "kurzfristig kaum zu erreichen" sein, so Landsberg.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-114051/kommunen-fordern-konsequenzen-nach-mainzer-diesel-urteil.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619